

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 90 — 3019

**27. JUNI 1990. — Dekret zur Schaffung
eines Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Exekutive, sanktionieren es :

Artikel 1. Sektion E des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen der Unterrichtsgesetzgebung, so wie sie durch das Gesetz vom 11. Juli 1973 und vom 4. August 1986, durch den Königlichen Erlaß Nr. 411 vom 25. April 1986 und den Königlichen Erlaß Nr. 459 vom 10. September 1986 und durch das Gesetz vom 1. August 1988 abgeändert wurde, wird durch folgende Bestimmungen ersetzt :

« Sektion E: Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten.

Art. 21. Unter der Garantie der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten eingerichtet, der Rechtspersönlichkeit erhält.

Sein Sitz befindet sich in St. Vith, kann aber durch Beschluß der Exekutive an jeden anderen Ort innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft verlegt werden.

Er ist den Regeln unterworfen, die das Gesetz vom 18. März 1954 über die Kontrolle gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses für die unter Artikel 1, b vorgesehenen Einrichtungen festlegt.

Art. 22. § 1. Der Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten hat folgenden Auftrag :

a) die Rückzahlung in Kapital, Zinsen und Unkosten der Anleihen zu garantieren, die getätigt werden, um den Kauf, den Bau, die Umbau-, Modernisierungs- und Vergrößerungsarbeiten sowie auch die Erstausrüstung der Gebäude für subventionierte Schulen, Psycho-Medizinisch-Soziale Zentren und Internate zu finanzieren;

b) eine Zinssubvention für diese Anleihen zu gewähren, die sich aus der Differenz zwischen 1,25 % und dem Zinssatz für diese Anleihen ergibt, ohne daß dieser Zinssatz den normalen Zinssatz des Kapitalmarktes übersteigen darf, so wie er durch die öffentlichen Kreditorganismen für gleichartige Operationen angewandt wird. Die Subvention wird direkt an das Finanzinstitut gezahlt.

§ 2. Durch Abweichung von den unter § 1, b festgesetzten Regeln kann die Exekutive jährlich durch einen bis zum 15. September verabschiedeten Erlaß :

a) entweder den im § 1, b erwähnten Minimalbetrag von 1,25 % erhöhen;

b) oder den Zinsanteil festlegen, den der Schulträger selbst zahlen muß, ohne daß dieser Anteil ein Viertel des üblichen Zinssatzes auf dem Kapitalmarkt überschreiten darf.

Die Anwendung der Punkte a und b darf nicht dazu führen, daß der zu Lasten des Schulträgers bleibende Zinssatz unter 1,25 % fällt.

§ 3. Die Schulträger des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens, die eine Direktsubvention durch den Fonds für Schulbauten der Provinzen und Gemeinden erhalten, können in den Genuß der in § 1 vorgesehenen Vorteile für den Teil der subventionierbaren Ausgaben gelangen, der nicht durch die Subvention gedeckt wird.

Wenn die wirklichen Ausgaben niedriger sind als die subventionierbaren Ausgaben, dann werden diese Vorteile nur gewährt für den Unterschied zwischen den wirklichen Ausgaben und der Subvention.

§ 4. Ein Erlaß der Exekutive legt jährlich den Höchstbetrag der Anleihen fest, die garantiert werden dürfen.

§ 5. Die Anleihen müssen durch den Schulträger bei einem der Kreditinstitute aufgenommen werden, die von den beiden anderen Gemeinschaftsexekutiven zu diesem Zweck anerkannt sind. Die Laufzeit der Anleihen beträgt maximal 40 Jahre.

§ 6. Ein Schulträger kann auf den Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten nur dann zurückgreifen, wenn es sich um eine Liegenschaft handelt, von der er Eigentümer ist oder auf die er ein dingliches Recht hat, das ihm die Nutzung der Liegenschaft während mindestens 30 Jahren zusichert, und insofern die Verpflichtung besteht, daß der Wert der errichteten Gebäude oder der Mehrwert, der aus den an den Gebäuden vorgenommenen Arbeiten resultiert, an den Inhaber des dinglichen Rechts zurückgezahlt wird, wenn dieses dingliche Recht nicht mehr besteht. Bis zur vollständigen Rückzahlung hat er ein Recht auf Rückhaltung.

Dieses dingliche Recht kann nur mit Erlaubnis des Verwaltungsrates des Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten veräußert oder durch ein dingliches Recht belastet werden.

§ 7. Wenn auf die Garantie der Deutschsprachigen Gemeinschaft zurückgegriffen wird, so kann die Gemeinschaft sich zurückzahlen lassen unter Anwendung der folgenden Mittel in der Reihenfolge, wie sie angegeben sind :

a) Rückzahlung durch Abzug von den Funktionssubventionen, die der Schule, die die Gebäude benutzt, zustehen;

b) Rückzahlung durch Abzug von den Funktionssubventionen, die den anderen Schulen desselben Schulträgers zustehen;

c) Eintreibung durch die Steuereinregistrations- und Domänenverwaltung zu Lasten des Vermögens des Schulträgers.

Art. 22bis. § 1. Der Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten wird durch einen Verwaltungsrat verwaltet, der aus 6 Mitgliedern besteht, die durch die Exekutive auf Vorschlag des für die Infrastruktur im Unterrichtswesen zuständigen Gemeinschaftsministers ernannt werden; er umfaßt :

— zwei Mitglieder, die die Exekutive vertreten;

— zwei Mitglieder, die das subventionierte offizielle Unterrichtswesen vertreten;

— zwei Mitglieder, die das subventionierte freie Unterrichtswesen vertreten.

§ 2. Der Verwaltungsrat wählt unter seinen Mitgliedern mit einfacher Mehrheit einen Präsidenten.

§ 3. Das Sekretariat des Verwaltungsrates des Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten wird durch einen Verwaltungsbeamten wahrgenommen, der durch die Exekutive bezeichnet wird.

§ 4. Der Verwaltungsrat besitzt alle Verwaltungs- und Beschlußbefugnisse, um den Auftrag des Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten auszuüben.

Er kann unter anderem Verträge abschließen und vor den Gerichten als Kläger oder Beklagter auftreten.

Er faßt alle Beschlüsse. Er gibt sich eine innere Geschäftsordnung, die der Exekutive vorgelegt und von dieser gutgeheißen werden muß.

Diese Geschäftsordnung legt unter anderem fest, wie der Verwaltungsrat seine Befugnisse ausübt.

§ 5. Die Exekutive bestimmt die Höhe der Entschädigungen, die den Mitgliedern des Verwaltungsrates gezahlt werden können. Sie legt die Fahrt- und Aufenthaltsentschädigungen fest.

§ 6. Der Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten legt jährlich vor dem 31. März der Exekutive einen Bericht über die Ausübung seiner Befugnisse während des vorherigen Jahres vor.

Art. 22ter. § 1. Die finanziellen Mittel des Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten bestehen aus :

- a) dem in Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft jährlich vorgesehenen Kredit;
- b) Schenkungen und Erbschaften;
- c) dem Erlös aus dem Verkauf oder der Übertragung von Liegenschaften sowie allen Einkünften gleich welcher Art aus diesen Liegenschaften;
- d) dem Restbetrag der Mittel, die dem Nationalen Garantiefonds für Schulbauten im Bereich der Zuständigkeiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt wurden.

§ 2. Die im § 1 erwähnten Finanzmittel werden dem Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten auf einem Konto des Finanzinstituts, das zu diesem Zweck von der Exekutive bestimmt wird, zur Verfügung gestellt. Der während eines Haushaltsjahres nicht verwendete Saldo dieser verschiedenen Einkünfte bleibt mit der gleichen Zweckbestimmung auf diesem Konto. »

Art. 2. Artikel 13, § 1, 4, des Gesetzes vom 29. Mai 1959 zur Abänderung gewisser Bestimmungen im Unterrichtswesen, so wie er durch das Gesetz vom 11. Juli 1973 abgeändert wurde, wird aufgehoben.

Art. 3. In Artikel 1, b des Gesetzes vom 16. März 1954 über die Kontrolle gewisser Einrichtungen öffentlichen Interesses, abgeändert durch das Dekret der Wallonischen Region vom 23. April 1986, durch den Königlichen Erlaß Nr. 431 vom 5. August 1986, durch das Dekret der Französischen Gemeinschaft vom 13. Juli 1988 und durch den Königlichen Erlaß vom 16. November 1988, wird der alphabetischen Reihenfolge nach folgender Vermerk eingefügt : « Garantiefonds der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Schulbauten ».

Art. 4. Das vorliegende Dekret tritt in Kraft am Tag der Veröffentlichung des Gesetzes, das das Gesetz vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft abändert.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 27. Juni 1990.

Der Vorsitzende der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Unterricht, Ausbildung, kulturelle Animation und Medien,

B. FAGNOUL

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

—
 TRADUCTION
 —

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 90 — 3019

—
 27 JUIN 1990. — Décret créant
 un Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires
 —

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Exécutif, sanctionnons ce qui suit :

Article 1er. La section E de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement, telle qu'elle a été modifiée par la loi du 11 juillet 1973 et du 4 août 1986, par l'arrêté royal n° 411 du 25 avril 1986 et l'arrêté royal n° 459 du 10 septembre 1988 et par la loi du 1er août 1988, est remplacée par les dispositions suivantes :

« Section E : Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires :

Art. 21. Sous la garantie de la Communauté germanophone, il est institué un Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires qui jouit de la personnalité civile.

Son siège est établi à Saint-Vith, mais peut être fixé par arrêté de l'Exécutif à tout autre endroit de la Communauté germanophone.

Il est soumis aux règles fixées par la loi du 16 mars 1954, relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, concernant les établissements visés à l'article 1er, b.

Art. 22. § 1er. Le Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires a pour objet :

- a) de garantir le remboursement en capital, intérêts et accessoires des prêts contractés en vue du financement de l'achat, de la construction, des travaux d'aménagement, de modernisation et d'agrandissement, ainsi que du premier équipement de bâtiments destinés aux établissements scolaires, centres psycho-médico-sociaux, ou internats subventionnés;

b) d'accorder pour les mêmes prêts une subvention en intérêt égale à la différence entre 1,25 % et le taux d'intérêt à payer pour ces emprunts, sans que ce taux puisse dépasser le taux normal du marché des capitaux tel qu'il est appliqué par les organismes de crédit public pour des opérations similaires. La subvention est payée directement à l'organisme financier.

§ 2. Par dérogation aux règles fixées au § 1, b, l'Exécutif peut annuellement par arrêté pris au plus tard le 15 septembre :

- a) soit élever la limite de 1,25 % fixée au § 1^{er}, b;
- b) soit fixer la part de l'intérêt pratiqué qui sera à charge du pouvoir organisateur, sans qu'il puisse en résulter que cette part dépasse un quart du taux d'intérêt normal du marché des capitaux.

L'application de a et de b ne peut avoir comme conséquence que l'intérêt à charge du pouvoir organisateur soit inférieur à 1,25 %.

§ 3. Les pouvoirs organisateurs des établissements d'enseignement subventionnés officiels qui obtiennent une subvention directe du Fonds des Bâtiments scolaires provinciaux et communaux peuvent bénéficier des avantages précisés au § 1 pour la partie de la dépense subventionnable non couverte par la subvention.

Au cas où la dépense réelle est inférieure à la dépense subventionnable, ces avantages ne sont accordés que pour la différence entre la dépense réelle et la subvention.

§ 4. Un arrêté de l'Exécutif fixe annuellement le montant maximum des prêts qui peuvent être garantis.

§ 5. Les prêts doivent être conclus par le pouvoir organisateur auprès d'un des organismes financiers agréés à cette fin par les Exécutifs des deux autres Communautés. La durée des prêts ne peut excéder quarante ans.

§ 6. Un pouvoir organisateur ne peut faire appel au Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires que pour un bien immobilier dont il est propriétaire ou sur lequel il dispose d'un droit réel lui garantissant la jouissance du bien pendant trente ans au moins, et pour autant que soit stipulé qu'à l'expiration de ce droit réel la valeur actuelle des bâtiments construits ou la plus-value résultant des travaux effectués aux bâtiments sera remboursée au détenteur du droit réel qui jusqu'au remboursement aura un droit de rétention.

Ce droit réel ne peut être aliéné ni grevé de droits réels qu'avec l'accord du conseil d'administration du Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires.

§ 7. Si la garantie de la Communauté germanophone doit intervenir, la Communauté peut se faire rembourser en ayant recours aux opérations suivantes dans l'ordre où elles sont indiquées :

- a) remboursement par prélèvement sur les subventions de fonctionnement dues à l'établissement scolaire qui occupe l'immeuble;
- b) remboursement par prélèvement sur les subventions de fonctionnement dues aux autres établissements scolaires relevant du même pouvoir organisateur;
- c) recouvrement par l'Administration de l'Enregistrement et des Domaines sur le patrimoine du pouvoir organisateur.

Art. 22 bis. § 1^{er}. Le Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires est administré par un Conseil d'administration composé de six membres nommés par l'Exécutif sur la proposition du ministre communautaire qui a l'infrastructure scolaire dans ses attributions; il se compose de :

- deux membres représentant l'Exécutif;
- deux membres représentant l'enseignement subventionné officiel;
- deux membres représentant l'enseignement subventionné libre.

§ 2. Le conseil d'administration choisit en son sein un président à la majorité simple.

§ 3. Le secrétariat du Conseil d'administration du Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires est assuré par un fonctionnaire de l'administration désigné par l'Exécutif.

§ 4. Le Conseil d'administration a tous les pouvoirs d'administration et de disposition pour réaliser l'objet du Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires.

Il peut notamment conclure des contrats et ester en justice tant en demandant qu'en défendant.

Il décide de toutes les opérations. Il arrête un règlement d'ordre intérieur qui doit être soumis à l'Exécutif pour approbation.

Ce règlement d'ordre intérieur vise notamment le mode selon lequel le Conseil d'administration exerce ses attributions.

§ 5. L'Exécutif détermine le montant des indemnités qui peuvent être allouées aux membres du Conseil d'administration. Il fixe le montant des indemnités pour frais de parcours et de séjour.

§ 6. Le Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires remet à l'Exécutif annuellement, avant le 31 mars, un rapport sur l'exercice de ses attributions pendant l'année écoulée.

Art. 22 ter. § 1. Les moyens financiers du Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires sont constitués :

- a) des crédits inscrits chaque année au budget de la Communauté germanophone;
- b) des donations et legs;
- c) du produit de l'aliénation ou du transfert d'immeubles, ainsi que toute recette généralement quelconque provenant de ces immeubles;
- d) le reliquat des crédits mis à la disposition du Fonds national de Garantie des Bâtiments scolaires pour ce qui concerne les compétences de la Communauté germanophone.

§ 2. Les ressources visées au § 1 sont mises à la disposition du Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires sur un compte ouvert auprès de l'institution désignée à cet effet par l'Exécutif. Le solde non utilisé de ces différentes ressources au cours d'un exercice demeure à ce compte avec la même destination. »

Art. 2. L'article 13, § 1^{er}, 4, de la loi du 29 mai 1959 modifiant certaines dispositions de la législation de l'enseignement tel qu'elle a été modifiée par la loi du 11 juillet 1973 est abrogé.

Art. 3. Dans l'article 1^{er}, b, de la loi du 16 mars 1954 relative au contrôle de certains organismes d'intérêt public, modifié par le décret du Conseil régional wallon du 23 avril 1986, par l'arrêté royal n° 481 du 5 août 1986, par le décret de la Communauté française du 13 juillet 1988 et par l'arrêté royal du 16 novembre 1988 est inséré, selon l'ordre alphabétique, la mention suivante : « Fonds de Garantie de la Communauté germanophone pour les Bâtiments scolaires ».

Art. 4. Le présent décret entre en vigueur le jour de la publication de la loi modifiant la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles de la Communauté germanophone.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 27 juin 1990.

Le Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de l'Enseignement,
de la Formation, de l'Animation culturelle et des Médias,

B. FAGNOUL

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport,
de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,

M. GROSCH

VERTALING

DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 90 — 3019

27 JUNI 1990

Decreet tot oprichting van een Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Executieve, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Sectie E van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijs-wetgeving, zoals gewijzigd bij de wetten van 11 juli 1973 en van 4 augustus 1986, bij het koninklijk besluit nr. 411 van 25 april 1986 en het koninklijk besluit nr. 459 van 10 september 1986 en bij de wet van 1 augustus 1988, wordt vervangen door de volgende bepalingen :

* Sectie E. Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen :

Art. 21. Onder de waarborg van de Duitstalige Gemeenschap wordt er een Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen met rechtspersoonlijkheid opgericht.

Zijn zetel is gevestigd te Sankt-Vith, maar hij kan bij beslissing van de Executieve naar iedere andere plaats binnen de Duitstalige Gemeenschap worden overgebracht.

Het staat onder de regelen welke de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut vaststelt inzake de in artikel 1, b, bedoelde instellingen.

Art. 22. § 1. Het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen heeft als opdracht :

a) de terugbetaling van kapitaal, intresten en onkosten te waarborgen van de leningen aangegaan met het oog op de financiering van de aankoop, de bouw, de geschiktmakings-, moderniserings- en uitbreidingswerken, alsook de eerste uitrusting van gebouwen bestemd voor de gesubsidieerde onderwijsinrichtingen, psycho-medisch-sociale centra en internaten;

b) voor dezelfde leningen een rentetoeelage te verlenen gelijk aan het verschil tussen 1,25 % en de rentevoet voor deze leningen zonder dat deze de normale rentevoet op de kapitaalmarkt mag overschrijden zoals die voor gelijkaardige verrichtingen door de openbare kredietinstellingen wordt toegepast. De toelage wordt rechtstreeks aan de financiële instelling betaald.

§ 2. In afwijking van de regelen bepaald in § 1, b, kan de Executieve jaarlijks en uiterlijk op 15 september bij besluit :

a) ofwel de in § 1, b, vastgestelde grens van 1,25 % verhogen;

b) ofwel het aandeel van de rente vastleggen dat ten laste is van de inrichtende macht, zonder dat dit aandeel één vierde van de normale rentevoet op de kapitaalmarkt mag overschrijden.

De toepassing van a en b mag niet tot gevolg hebben dat de rentevoet ten laste van de inrichtende macht minder dan 1,25 % zou bedragen.

§ 3. De inrichtende machten van de officiële gesubsidieerde onderwijsinrichtingen die een rechtstreekse toelage ontvangen van het Fonds voor provinciale en gemeentelijke Schoolgebouwen, kunnen van de in § 1 bepaalde voordelen genieten voor het niet door de toelage gedekte deel van het subsidieerbare bedrag.

Wanneer de werkelijke uitgave minder bedraagt dan het subsidieerbare bedrag, worden deze voordelen slechts toegekend ten belope van het verschil tussen de werkelijke uitgave en de toelage.

§ 4. Een besluit van de Executieve bepaalt jaarlijks het maximale bedrag van de leningen die mogen worden gewaarborgd.

§ 5. De leningen moeten door de inrichtende macht bij één van de daartoe door de Executieven van de twee andere gemeenschappen erkende financiële instellingen worden aangegaan. De duur van de leningen mag niet meer dan veertig jaar bedragen.

§ 6. Een inrichtende macht mag op het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen slechts een beroep doen voor een onroerend goed waarvan zij eigenaar is of waarop zij een zakelijk recht bezit dat haar het genot van het goed verzekert gedurende ten minste dertig jaar, en voor zover bepaald wordt dat bij de uitdoving van het zakelijke recht de huidige waarde van de opgerichte gebouwen of de meerwaarde die voortspruit uit de aan de gebouwen aangebrachte verbouwingen zal worden terugbetaald aan de houder van het zakelijke recht die tot bij de terugbetaling het recht van terughouding bewaart.

Dit zakelijke recht zal slechts vervreemd of met zakelijke rechten bezwaard mogen worden met de instemming van de Raad van Beheer van het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen.

§ 7. Indien een beroep wordt gedaan op de waarborg van de Duitstalige Gemeenschap kan de Gemeenschap zich laten terugbetalen met behulp van volgende verrichtingen, in de volgorde waarin zij aangegeven zijn :

- a) afhouding op de werkingstoelagen verschuldigd aan de onderwijsinrichting die in het gebouw is gehuisvest;
- b) afhouding op de werkingstoelagen verschuldigd aan de andere onderwijsinrichtingen die onder dezelfde inrichtende macht staan;
- c) invordering door het Bestuur van de Registratie en Domeinen op het patrimonium van de inrichtende macht.

Art. 22 bis. § 1. Het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen wordt bestuurd door een Raad van Beheer samengesteld uit zes leden die door de Executieve zijn benoemd op voorstel van de gemeenschapsminister die bevoegd is inzake schoolinfrastructuur; hij omvat :

- twee leden die de Executieve vertegenwoordigen;
- twee leden die het gesubsidieerde officiële onderwijs vertegenwoordigen;
- twee leden die het gesubsidieerde vrije onderwijs vertegenwoordigen.

§ 2. De Raad van Beheer kiest onder zijn leden met gewone meerderheid een voorzitter.

§ 3. Het secretariaat van de Raad van Beheer van het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen wordt verzekerd door een ambtenaar die door de Executieve wordt benoemd.

§ 4. De Raad van Beheer bezit alle bestuurs- en beslissingsbevoegdheden om de opdracht van het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen uit te voeren.

Hij kan onder meer verdragen sluiten en voor de rechtbank pleiten zo goed als eiser of als verweerder.

Hij beslist over alle verrichtingen. Hij stelt een huishoudelijk reglement vast, dat aan de Executieve ter goedkeuring moet worden voorgelegd.

Dit huishoudelijke reglement bepaalt onder meer de wijze waarop de Raad van Beheer zijn bevoegdheden uitoefent.

§ 5. De Executieve bepaalt het bedrag van de vergoedingen die aan de leden van de Raad van Beheer mogen worden uitgekeerd. Ze stelt het bedrag vast van de vergoeding voor reis- en verblijfkosten.

§ 6. Het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen brengt jaarlijks voor 31 maart verslag uit voor de Executieve over de wijze van uitoefening van zijn bevoegdheden tijdens het afgelopen jaar.

Art. 22 ter. § 1. De financiële middelen van het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen bestaan uit :

- a) de jaarlijks op de begroting van de Duitstalige Gemeenschap ingeschreven kredieten;
- b) de schenkingen en legaten;
- c) de opbrengst van de vervreemding of de overdracht van onroerende goederen alsmede alle ontvangsten van welke aard ook, voortkomend van deze onroerende goederen;
- d) het resterend bedrag van de middelen die aan het Nationale Waarborgfonds ter beschikking gesteld werden voor schoolgebouwen die ressorteren onder de bevoegdheden van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2. De in § 1 bedoelde financiële middelen worden ter beschikking van het Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen gesteld op een rekening van de financiële instelling, die daartoe door de Executieve wordt bestemd. De in de loop van een dienstjaar niet uitgegeven saldi van de diverse ontvangsten blijven met behoud van hun bestemming op die rekening.

Art. 2. Artikel 13, § 1, 4, van de wet van 29 mei 1959 tot wijziging van sommige bepalingen van de onderwijs-wetgeving, zoals gewijzigd bij de wet van 11 juli 1973, wordt opgeheven.

Art. 3. In artikel 1, b van de wet van 16 maart 1954 betreffende de controle op sommige instellingen van openbaar nut, zoals gewijzigd bij het decreet van het Waalse Gewest van 23 april 1986, bij het koninklijk besluit nr. 431 van 5 augustus 1986, bij het decreet van de Franse Gemeenschap van 13 juli 1988 en bij het koninklijk besluit van 16 november 1988, wordt volgens de alfabetische volgorde de bepaling « Waarborgfonds van de Duitstalige Gemeenschap voor Schoolgebouwen » ingelast.

Art. 4. Dit decreet treedt in werking op de dag van de bekendmaking van de wet die de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap wijzigt.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het in het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 27 juni 1990.

De Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Onderwijs, Vorming, Culturele Animatie en Medi.,

B. FAGNOUL

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,

M. GROSCH